

Antrag der Partei LINKS zur Zählung des Kfz-Durchzugsverkehrs im 20. Bezirk

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen Hannah Luschnig und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigittenau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.2.2024 gemäß § 24 GO BV folgenden:

Antrag

Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, eine Zählung des Kfz-Durchzugsverkehrs im 20. Bezirk zu veranlassen.

Begründung

Laut Schätzung von Expert*innen der TU Wien beträgt der Durchzugsverkehr auf Hauptverkehrsstraßen zwischen 80 und 90%. Der Durchzugsverkehr bringt der Bezirksbevölkerung keine Vorteile.

Stattdessen ist er verantwortlich für zusätzlichen Lärm, Feinstaub (erhöhtes Infarktrisiko), giftige Gase, sowie klimaschädliches CO₂ und Verletzte und Tote im Straßenverkehr. Nicht-Ansässige fahren häufig in überhöhtem Tempo durch, weil sie keinen Bezug zum Bezirk haben.

Diese Emissionen betreffen hauptsächlich ärmere Menschen, die sich nur die lauten Wohnungen an Hauptstraßen leisten können. In der Brigittenau sterben die Menschen im Schnitt fast 7 Jahre früher als in reichen Bezirken ohne Durchzugsverkehr [1]. Diese Emissionen sind ein wesentlicher gesundheitsgefährdender Faktor.

Verursacher sind Personen, die etwa zwischen Einfamilienhäusern im Wiener Umland oder Flächenbezirken und Büros mit gratis Parkplätzen pendeln [2]. Laut aktueller Kordonenerhebung 2022 [3] queren ca. 3/4 die Stadtgrenze mit dem Auto, davon fährt ein Viertel durch ganz Wien durch.

Wien hat sehr gute öffentliche Verbindungen. Auch von Flächenbezirken aus können Verkehrsknotenpunkte zu Fuß, mit Rad oder auch mit Auto erreicht werden. Vom Umland kann per Park+Ride günstig und effektiv in das Wiener Öffinetz umgestiegen werden.

Um diese der Bezirksbevölkerung schadenden Gewohnheiten zu ändern, könnte das reine Durchfahren des Bezirks (wie das Einfahren in vielen italienischen Städten, z.B. in den dicht besiedelten historischen Stadtkernen) bedürfnisorientiert gestaltet werden, sodass Handwerker*innen, Bautransporte, Lieferungen, Versorgung von Älteren oder Kranken und Verwandtenbesuche in angrenzenden Bezirken weiterhin möglich sind.

Wir leben in der Klimakrise und müssen daher in allen Lebensbereichen den CO₂-Ausstoß reduzieren - im Bereich Mobilität ist dies am schnellsten und mit dem geringsten finanziellen Aufwand möglich.

Menschen, die das Auto brauchen, etwa für den Transport schwerer Sachen wie z.B. Logistik, Handwerk oder Bau, dürfen nicht behindert werden durch Menschen, die leicht eine Alternative wählen können.

[1] <https://wienerbezirksblatt.at/weltgesundheitstag-diese-bezirke-leben-weniger-lang/>

[2] <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/alltagundfrauen/pdf/verkehr-la.pdf>

[3] <https://resolver.obvsg.at/urn:nbn:at:AT-WBR-1248398>

Stefan Ohrhallinger

Hannah Luschnig